



Kommunaler Beteiligungsrat

Ein krisenfestes Instrument der kommunalen Beteiligungspraxis?

Kay-Uwe Kärsten

Eine Reflexion aus Potsdam im Zeichen des Corona-Jahres 2020

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit dem Beteiligungsrat (BR) in Potsdam als ein Instrument der kommunalen Beteiligung im Kontext des Corona-Jahres 2020. Der BR arbeitet seit 2013 und hatte daher bereits vor Corona Strukturen und Arbeitsweisen etabliert - diese mussten an die krisenhafte Situation angepasst werden. Dieser Beitrag stellt den BR vor und erörtert anschließend die Beobachtungen des Autors bezüglich der Frage, wie der BR einen Umgang mit der Corona-Situation im Jahr 2020 gefunden und ob er sich als krisenfest erwiesen hat.

Die vorliegende Reflexion befasst sich konkret mit dem Verlauf des Jahres 2020 und nutzt den Begriff der Corona-Krise, um den starken Anpassungsdruck zu beschreiben, der im Laufe des fraglichen Jahres entstanden ist. Verursacht wurde dieser unter anderem durch die allgemeine Unsicherheit im Umgang mit Corona, Lockdowns in unterschiedlicher Ausprägung, sich häufig ändernde und komplexe Kontaktbeschränkungs- und Hygienemaßnahmen sowie unstete Planungsperspektiven in fast jeder Hinsicht – sowohl privat als auch beruflich und für alle Mitglieder unserer Gesellschaft. In diesem Rahmen soll der Begriff der Krisenfestigkeit die Fähigkeiten, Ressourcen und Umstandsfaktoren beschreiben, die dazu beigetragen haben, dass die notwendigerweise rasanten Anpassungsprozesse in Arbeitsweise, Struktur und Selbstverständnis des BR in konstruktiver Weise bewältigt werden konnten – oder auch nicht. Der betrachtete Zeitraum wird in zwei Phasen eingeteilt: Den Zeitraum von Anfang 2020 bis Mitte 2020 erlebte der Autor als „Corona-Schock“: Diese Zeit umfasst den ersten Lockdown und die damit einhergehende im Vergleich stärkste Einschränkung gesellschaftlicher Aktivitäten. Auch mit Blick auf kommunale Beteiligung muss für diesen Zeitraum ein fast vollständiges Aussetzen von Prozessen der Top-Down-Beteiligung, die durch die kommunale Verwaltung getragen wurden, konstatiert werden.



Mitte 2020 bis Anfang 2021 nahm der Autor als „Anpassungsphase“ wahr: Diese Zeit umfasst die weniger eingeschränkte Sommerzeit 2020 sowie den zweiten länger gestreckten Lockdown im Winter. Insbesondere in dieser Zeit wurden von vielen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und kommunaler Verwaltung große Anstrengungen unternommen, um trotz der schwierigen Lage Beteiligungsprozesse zu ermöglichen oder wieder aufzunehmen. Auch trugen die bereits im „Corona-Schock“ unternommenen Anstrengungen in dieser Phase erkennbare Früchte.

Was ist der Beteiligungsrat, warum gibt es ihn und wie arbeitet er?

Der BR ist formal gesehen ein beratendes Gremium der Stadtverordnetenversammlung (SVV) und fußt auf Paragraph 13 der Hauptsatzung Potsdams: „Sonstige, nicht formalisierte Beratungsgremien“. Er ist demzufolge bestellt, um die SVV und damit auch den Oberbürgermeister und die Verwaltung in sachbezogenen Interessen von besonderem Belang zu beraten. In diesem Fall in der Frage nach der Entwicklung der Beteiligung der Einwohner*innen Potsdams. Auch wenn der BR nicht wie andere Beiräte (Seniorenbeirat, Migrant*innenbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderung) pflichtenmäßig aus der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg hervorgeht, genießt er per Beschluss der SVV eine für seine Arbeit notwendige Verbindlichkeit. Er ist als beratender Teil der SVV mandatiert und hat so einen privilegierten Zugang zu SVV und Verwaltung, ohne den er seine Arbeit nicht sinnvoll ausführen könnte.

Hintergrund der Gründung des BR im Jahr 2013 war das durch den damaligen Oberbürgermeister Jann Jakobs nach seiner Wiederwahl 2010 angestoßene diskursive Streben kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in Potsdam, langfristig eine für die demokratische Kultur der Stadt förderliche Beteiligungspraxis fortzuentwickeln – und die damit verbundene Einsicht, dass dieser Prozess von einer durchmischten und perspektivenreichen Gruppe von ehrenamtlich aktiven Potsdamer*innen kritisch begleitet werden soll.

Für den BR ergibt sich damit die Aufgabe, die diversen und vielzähligen Prozesse der Beteiligung in Potsdam zu begleiten und aus einer übergeordneten Perspektive zu beurteilen, ob die erkennbare Gesamtentwicklung der Potsdamer Beteiligungskultur in eine als angemessen empfundene Richtung geht, ob Störungen in konkreten Prozessen der Beteiligung auftreten und ob es strukturelle Defizite in der Gestaltung und Umsetzung von Beteiligung gibt. Darauf aufbauend ist es weiterhin die Aufgabe des BR hierzu Stellungnahmen und Vorschläge zu unterbreiten und diese mit kommunaler Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zu diskutieren. Dabei handelt es sich um ein breites Aufgabenfeld und es steht dem BR an, seine genaue Schwerpunktsetzung und die von ihm begleiteten Prozesse selbst festzulegen.



Der BR besteht aus dreizehn Einwohner*innen Potsdams, sowie aus zwei Mitarbeiter*innen der kommunalen Verwaltung, zwei Vertreter*innen der SVV sowie bis zu zwei beratenden Expert*innen. Hierbei werden die Einwohner*innen alle zwei bis drei Jahre (nach eigener Festsetzung der Mitglieder unter Zustimmung der SVV) nach öffentlicher Einladung aus einem Pool von Interessent*innen ausgelost. Die Losung wird dabei nach einer sechs zu sechs Quotierung zwischen Frauen und Männern ab 16 Jahren vorgenommen, wobei ein zusätzlicher Platz an eine diverse Person vergeben wird. Einer dieser dreizehn Sitze ist außerdem für eine jugendliche Person reserviert.

Bei der Einladung an die Zivilgesellschaft wird zudem Wert auf eine verständliche und interesseweckende Ansprache geachtet, die sich gerade auch an migrantische Communitys wendet. Hierzu wurden beispielsweise die Einladung zur Mitwirkung in eine leicht verständliche Sprache übersetzt und es wurde ein Cartoon angefertigt, der den Prozess der Bewerbung im BR nachvollziehbar darstellte.

Die Mitarbeiter*innen der Verwaltung und die Vertreter*innen der SVV werden jeweils aus der Verwaltung beziehungsweise aus der SVV delegiert. Die Expert*innen werden eigenständig vom BR angesprochen und ernannt. Die jeweilige Zusammensetzung des BR wird in Gänze durch die SVV per Beschluss bestätigt. Aus ihrer Mitte wählen die Mitglieder des BR eine Gruppe von Sprecher*innen, die dafür verantwortlich sind, die Kommunikation mit der Verwaltung, die Vertretung der Stellungnahmen und Vorschläge des BR in der SVV und der Öffentlichkeit sowie die inhaltliche Abstimmung und Festlegung der Tagesordnung der Sitzungen des BR zu übernehmen.

Der BR findet sich in der Regel einmal pro Kalendermonat zu einer zwei- bis dreistündigen Sitzung zusammen. Diese Sitzungen sind stets öffentlich und die Sitzungsprotokolle lassen sich nach den Sitzungen über einen Internetauftritt einsehen. Zudem können die Sprecher*innen des BR jederzeit per Email mit Beiträgen, Vorschläge und Themen angeschrieben werden. Weiterhin hält der BR einmal pro Jahre eine Klausursitzung ab und führt jeweils zu Beginn eines jeden Kalenderjahres ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Potsdam zur Frage der Entwicklung der Beteiligungskultur in der Stadt (siehe hierzu auch die Geschäftsordnung des BR sowie die Grundsätze der Beteiligung in Potsdam in den Referenzen).

Im Rahmen seiner Sitzungen berät der BR zu unterschiedlichen Prozessen der Beteiligung in Potsdam, hört Beteiligte an, befragt Prozessverantwortliche und verschafft sich so eine differenzierte Meinung, aus der heraus er seine Stellungnahmen und Vorschläge entwickelt und vertritt. Dabei greift der BR nicht nur vorhandene Prozesse auf, sondern sucht sich auch nach eigener Priorisierung Themen, die als relevant erscheinen – er konnte so bereits mehrfach Prozesse der Beteiligung anstoßen, die es sonst nicht gegeben hätte. Hierzu zählen beispielsweise die verstärkte Einbringung von Formaten der Kinder- und Jugendbeteiligung in laufende Beteiligungsprozesse zu unterschiedlichen



Themen aber auch die Überlegungen zu einem Beteiligungsprozess bezüglich der Entwicklung eines neuen Stadtquartiers an der Potsdamer Pirschheide.

In seinen Beratungen lenkt der BR sein Augenmerk auf die Qualität der Beteiligungsprozesse und stellt Fragen nach dem Verlauf, den Dialoggruppen, der Einhaltung der Grundsätze der Beteiligung in Potsdam und Möglichkeiten, Prozesse und Strukturen der Beteiligung zu verbessern. Selbstverständlich werden dabei auch die inhaltlichen Fragen der Beteiligungsprozesse aufgegriffen, jedoch ist es nicht die Rolle des BR, zu diesen (zumeist) konkreten Sachfragen eine einhellige inhaltliche Meinung zu entwickeln und zu vertreten. Hier fungiert der BR eher als Resonanzraum, der gesellschaftliche Debatten widerspiegeln kann - er tritt in den Sachfragen der Beteiligungsprozesse aber nicht als inhaltlicher Akteur in Erscheinung. Er ist mit seinem kritischen und zivilgesellschaftlich geprägten Blick auf die Qualitäten von Beteiligung eine wichtige Stimme für die konstruktive Weiterentwicklung der Potsdamer Beteiligungskultur.

Dieser Rolle verschaffte die SVV in ihrer gegenwärtig laufenden Amtszeit ab 2019 eine weitere Anbindung, in dem sie im frisch gegründeten Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung (PTD) den Sprecher*innen des BR feste Sitze als Gäst*innen mit Rederecht und einen ständigen Tagesordnungspunkt „Bericht des Beteiligungsrats“ einräumte. Zudem ist der stellvertretende Vorsitzende des PTD-Ausschusses delegiertes Mitglied der SVV im BR. Der BR wird in seiner anforderungsvollen Arbeit grundsätzlich durch eine externe Moderation begleitet und inhaltlich und organisatorisch durch die WerkStadt für Beteiligung unterstützt.

Die professionelle externe Moderation wird durch die Verwaltung der Stadt Potsdam vertraglich gebunden und finanziert, wobei der BR bei der Auswahl der Moderator*innen eine wichtige Stimme hat. Die Moderation führt die Sitzungen des BR methodisch durch, stimmt im Vorfeld die Tagesordnung mit den Sprecher*innen ab und protokolliert die Sitzungen. Zudem kann die Moderation Impulse und Fachkenntnisse in den BR eingeben. Für die fortlaufende und qualitativ wertige Arbeit des BR ist eine solche Form der Moderation eine wichtige Ressource. Sie entlastet die ehrenamtlichen Mitglieder und ermöglicht ihnen die Konzentration auf die inhaltlichen Themen des BR.

Die WerkStadt für Beteiligung (WfB) ist eine Kompetenzstelle für Beteiligung in der Stadt Potsdam. Sie wird zu gleichen Teilen von der kommunalen Verwaltung (interne WerkStadt für Beteiligung) und einem zivilgesellschaftlichen Träger (externe WerkStadt für Beteiligung) gestellt. Die WerkStadt begleitet als professionelle und dauerhafte Struktur in Potsdam auch die Arbeit des BR. Einerseits erledigt sie eine Vielzahl organisatorischer Aufgaben, die für die Arbeit des BR unerlässlich sind: Sie bestellt die Moderation in Abstimmung mit dem BR, sie betreibt die digitale Struktur (Homepage, Email) für den BR, sie organisiert die Sitzungsorte und die Verpflegung der Mitglieder während der Sitzungen, sie lädt die Prozessverantwortlichen der kommunalen Verwaltung



zu Sitzungen ein und so weiter. Außerdem stellt die WfB die notwendigen finanziellen Mittel für entlastende Maßnahmen wie zum Beispiel die Kostenübernahme für Kinderbetreuungen während der Sitzungszeiten und Ähnliches bereit. Andererseits arbeitet die WfB dem BR inhaltlich zu: Dies bedeutet zum einen über ihre eigene Arbeit an Projekten und Prozessen der Beteiligung zu berichten, vom BR kritische Rückmeldungen hierzu zu bekommen und diese Kritiken in ihre Arbeit zu transportieren. Zum anderen bedeutet dies auch, zu durch den BR ausgewählten Themen und Fragen zu recherchieren und den BR mit Zusammenfassungen, Übersichten und Analysen sowie weiterführenden Fachinformationen und Einschätzungen in seiner Arbeit zu unterstützen. Und schließlich ist noch zu erwähnen, dass die Mitglieder des BR eine Aufwandsentschädigung pro Sitzung erhalten, an der sie jeweils teilgenommen haben. Auch wenn es sich eher um eine symbolische Summe handelt, kommt hierdurch doch eine wichtige Wertschätzung für die Arbeit der Mitglieder des BR zum Ausdruck und zumindest ein kleiner Anteil des geleisteten Aufwandes wird kompensiert.

Ist es dem BR gelungen, sich an die Corona-Krise anzupassen und wenn ja, wie?

Eine der ersten Anpassungen in der Phase des „Corona-Schocks“ war die Umstellung aller Sitzungen und Gespräche in den digitalen Raum. Rückblickend hat der BR diesen Schritt im Wesentlichen selbstständig und bruchfrei vollzogen. Aufgrund des Lockdowns und anderweitiger Kontaktbeschränkungen musste der BR keine seiner Sitzungen ausfallen lassen. Dank der Initiative seiner Mitglieder stand unmittelbar eine Übergangslösung zur online Gestaltung der Sitzungen bereit und wurde bereitwillig genutzt. Diese Initiative wurde von der Moderation unterstützt, die sich ebenfalls zügig auf das online Format eingestellt hat. Zudem konnten technische Anlaufschwierigkeiten, wie etwa fehlende technische Ausstattung mit Laptops und Headsets bei einigen Mitgliedern des BR sowie das schnelle Erlernen grundlegender Anwendungskompetenzen hinsichtlich der eingesetzten Konferenz-Software durch die Unterstützung der externen WfB unkompliziert gelöst werden. Damit war eine grundlegende Frage nach der Arbeitsfähigkeit des BR bereits in der ersten Corona-Phase schnell gelöst. Natürlich wurde auch im BR als Widerspiegelung gesellschaftlicher Debatten diskutiert, wie und wann die Sitzungen wieder in Präsenz stattfinden können und insofern dies möglich war, fanden diese unter Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen auch statt. Jedoch trug die Umstellung auf das digitale Sitzungsformat und die zunehmende Sicherheit in dessen Anwendung dazu bei, die Arbeitsfähigkeit und -motivation des BR zu erhalten.

Schnell offenbarte sich jedoch eine tiefergreifende inhaltliche Problemstellung: Beginnend in der Phase des „Corona-Schocks“ und übergreifend in die zweite Corona-Phase – die so genannte „Anpassungsphase“ – zeigte sich, dass



die allermeisten Prozesse der Top-Down Beteiligung pausierten oder eingestellt wurden. Dies zumeist ohne öffentlich wahrnehmbare Kommunikation oder Information an den BR. Bisher hatte der BR überwiegend Beteiligungsprozesse aus dem Top-Down Bereich begleitet und sah sich daher mit einer plötzlich entstandenen Lücke konfrontiert. Dies stellte für die Arbeit des BR eine große Herausforderung dar – ihm war für einen wichtigen Teil seiner Arbeit die Grundlage entzogen und es entstand schnell der Eindruck von Seiten der Verwaltung „vergessen“ worden zu sein und/oder mit seiner Arbeit nicht als wichtig genug angesehen zu werden, um in dieser Zeit Berücksichtigung zu finden.

Kurzer Exkurs: Zu dieser Zeit war die kommunale Verwaltung aus Sicht des Autors erheblich gefordert. Sie musste ihre eigenen Abläufe im großen Maßstab umstellen, Technik anschaffen, einrichten und verteilen, um digitales Arbeiten zu ermöglichen, Prioritäten bei der Gesundheitsversorgung setzen und Personal großzügig umverteilen, um dringliche Aufgaben - zum Beispiel die Corona-Kontaktnachverfolgung - zu bewältigen. Hierbei kam es in unterschiedlichen Bereichen zu Informations-, Kontakt-, und wie am Beispiel des BR erkennbar, Vertrauensverlusten.

Vor diesem Hintergrund sah sich der BR mit neuen Fragen bezüglich seiner Rolle und seiner Schwerpunktsetzung konfrontiert: „Werden wir von der Verwaltung noch ernstgenommen? Können wir sicher sein, dass die Corona-Situation nicht ausgenutzt wird, um wichtige Entscheidungen ohne Beteiligung durchzuziehen?“ Die Wahrnehmung, dass im Rahmen des Corona-Schocks und der Anpassungsphase demokratische Verhandlungsräume und Möglichkeiten der Beteiligung in großem Maßstab wegfielen oder sich zumindest erheblich verringerten, lässt sich aus Sicht des Autors gut begründen.

In Reaktion auf diese Umstände und Fragestellungen entwickelte der BR schrittweise zwei bemerkenswert konstruktive Antworten: Einerseits verschob er seinen Betrachtungsschwerpunkt in der Tendenz weg von Top-Down Prozessen hin zu Initiativen von Einwohner*innen und deren Bottom-Up Prozessen. Der BR lud vermehrt Vertreter*innen dieser Initiativen ein und tauschte sich mit ihnen zu deren Wahrnehmung der Situation aus. Damit überprüfte der BR in einem konstruktiven Diskurs seine eigene Wahrnehmung der Lage und stärkte gleichzeitig den zivilgesellschaftlichen Initiativen den Rücken. Diese hatten im Wesentlichen oft eine ähnliche Wahrnehmung der Situation wie der BR. Andererseits entwickelte der BR sein Selbstverständnis in Anpassung an die Situation weiter und schärfte sein Aufgabenprofil insofern, als dass sein kritischer Blick auf strukturelle Defizite von Beteiligung und Verluste oder Einschränkungen von Räumen und Möglichkeiten der Beteiligung sich deutlich ausprägte. Dies lässt sich auch an der Themenauswahl des BR ablesen, der sich seit 2021 zum Beispiel der Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen Verwaltung und SVV auf der einen und den Ortsbeiräten der nach Potsdam eingemeindeten Ortsteile auf der anderen Seite intensiv widmet.



Damit griff der BR ein für die Beteiligung der Einwohner*innen in den Orts- teilen wichtiges strukturelles Thema auf. Zudem befasste sich der BR unter der Überschrift „Beteiligung 2.0“ konzentriert mit Fragen nach der Weiter- entwicklung der Beteiligungskultur in Potsdam und seiner (neuen) Rolle dabei.

Selbstbestimmung als ein Schlüssel zu widerstandsfähiger Teilteilungspraxis?

Der BR hat sich im Angesicht des Corona-Jahres 2020 aus Sicht des Autors als krisenfest erwiesen. Einerseits konnte er angesichts des „Corona-Schocks“ seine Sitzungen durch eine schnelle technische Anpassung bruchfrei digital fortsetzen. Andererseits konnte er während der „Anpassungsphase“ seine inhaltliche Arbeit schrittweise in einem konstruktiven Prozess anpassen und neu ausrichten, ohne dabei seine inhaltlichen Ansprüche oder seine eigenständige Arbeitsweise aufzugeben. Darauf aufbauend stellt sich die Frage: Welche Faktoren haben diesen günstigen Verlauf im Corona-Jahr 2020 begünstigt und zur Krisenfestigkeit des BR beigetragen? Als ausschlaggebender Faktor ist zuerst die ausgeprägte aus ihnen selbst entspringende Motivation der Mitglieder des BR zu nennen. Ohne diesen Antrieb hätten die Mitglieder die belastende Phase des „Corona-Schocks“ kaum in so konstruktiver Weise bewältigen können – wie am Beispiel der nahtlosen Umstellungen auf digitale Sitzungen erläutert wurde. Diese starke Motivation trägt die gesamte Arbeit des BR. Woraus entspringt diese Motivation? Über die jeweiligen persönlichen Motive der Mitglieder des BR möchte der Autor nicht spekulieren, sondern sich auf die von außen erkennbaren Faktoren konzentrieren: Einerseits ist die selbstbestimmte Arbeitsweise des BR eine wichtige Basis für die ausdauernde Motivation der Mitglieder. Im Rahmen der ihm gegebenen weitläufigen Aufgabenstellung steht es dem BR frei, seine eigenen Schwerpunkte und Themen zu wählen und sich die Art und Weise, in der er diese Themen bearbeiten möchte, selbst zu gestalten. Dies umfasst etwa Aspekte wie die Auswahl der zu begleitenden Prozesse der Beteiligung oder die Sondierung als relevant wahrgenommener struktureller Defizite der Potsdamer Beteiligungskultur - aber auch die Entscheidung, ob und an welchen Veranstaltungen zur Beobachtung teilgenommen wird, ob und wie, welche Themen in den Sitzungen des BR beraten oder in Arbeitsgruppen, Klausuren oder andere Arbeitsformate ausgelagert werden. Dazu gehört auch der stetige Prozess der eigenen Rollen- und Aufgabenklärung als BR. Dieser mithin müheselige Abgleich von Anspruch, Erwartung und Realität der Arbeit des BR führt aus Sicht des Autors zu einer selbstbewussteren Haltung. So ist der BR kein Gremium, das von außen mit Themen und Vorgaben „bespielt“ wird, sondern wählt sich seine Schwerpunkte und Wirkungsweisen selbst. Ebenfalls in diesem Kontext erscheint die Art der Zusammensetzung und Rekrutierung der Mitglieder als wichtig. Die Auslosung auf Basis eines

Pools aus motivierten Bewerber*innen stellt eine durchmischte und vielseitige Gruppenzusammensetzung sicher (wobei der Schritt der Bewerbung im Sinne der damit einhergehenden Selbstselektion durchaus kritisiert werden kann). Zudem sichert die Zusammensetzung des BR aus Einwohner*innen, Mitgliedern der Verwaltung und der SVV sowie Expert*innen eine perspektivenreiche Debatte ab – was sich gerade in der „Anpassungsphase“ des Corona-Jahres 2020 als hilfreich für den Prozess der Neuausrichtung erwiesen hat.

Anknüpfend daran spielt das Erleben von Responsivität (gemeint ist hier die Bereitschaft der SVV und der Verwaltung auf die Impulse des BR einzugehen) eine wahrnehmbare Rolle: Durch die wechselseitige Einbindung von Mitgliedern der SVV auf der einen Seite und der regelmäßigen Teilnahme von BR-Mitglieder am PTD-Ausschuss der SVV auf der anderen Seite, entsteht ein wichtiger Austausch zwischen Berater*innen und Beratenen. Hierzu gehört auch die punktuelle Teilnahme des Oberbürgermeisters und anderer Führungskräfte der Verwaltung an den Sitzungen oder Klausuren des BR. Hierbei sei nicht gesagt, dass der Aspekt der Responsivität nicht verbesserungswürdig oder Kritik an nicht ausreichender Rückkopplung unberechtigt wäre. Im Abgleich mit anderen Strukturen der Beteiligung hat der BR aus Sicht des Autors in dieser Hinsicht aber bereits erkennbare Fortschritte im Hinblick auf die Verbesserung seiner strukturellen Einbindung und die Verlässlichkeit von ihm betreffenden Abläufen bewirkt. Wesentlich ist in dieser Hinsicht auch der Umstand, dass zivilgesellschaftliche Initiativen den BR mittlerweile gern als Ansprechpartner nutzen. Auch wenn diese Funktion ebenso wie die voranstehend erläutert noch ausgebaut werden könnte.

Abschließend spielt die organisatorische und inhaltliche Zuarbeit von Seiten der WfB eine unterstützende Rolle. Die inhaltliche Arbeit des BR ist ohnehin anforderungsvoll und insofern die Entlastung der Mitglieder von logistischen und organisatorischen Aufgaben geboten. Gerade aber während des „Corona-Schocks“ konnten so technische Hürden schnell und wirksam ausgeräumt und die kontinuierliche Arbeit des BR unterstützt werden. Die Rolle der WfB als inhaltliche Zuträgerin stand in dieser Phase nicht wesentlich im Vordergrund als ohnehin - jedoch stellte diese Unterstützung für den BR eine dauerhafte und hilfreiche Ressource dar, deren Verlässlichkeit in der „Schock-Phase“ zusätzliche Sicherheit für die Mitglieder bot. Gleiches gilt für die moderative Begleitung der Sitzung des BR durch eine verlässliche externe Moderation.

Zusammengefasst ist der Autor der Auffassung, dass die Motivation der Mitglieder, das Erleben von Responsivität und die organisatorische sowie inhaltliche Zuarbeit Faktoren waren, die dem BR in seiner Krisenfestigkeit gefördert haben und sich auf ähnliche Strukturen der kommunalen Beteiligung übertragen ließen.

Literatur



- Beteiligungsrat der Stadt Potsdam (o.J.): Geschäftsordnung des BR, Sitzungsprotokolle, Besetzung. Online unter: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/content/potsdams-beteiligungsrat> (letzter Aufruf 24.10.2022)
- mitMachen e.V. (2014): Selbstverständnis des mitmachen e.V. Online unter: <https://www.mitmachen-potsdam.de/index.php/selbstbild.html> (letzter Aufruf: 24.10.2022)
- Stadt Potsdam (o.J.): Grundsätze der Beteiligung in Potsdam. Online unter: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/kategorie/die-grundsaeetze-der-buergerbeteiligung-potsdam> (letzter Aufruf: 24.10.2022)

